

Entschließungsantrag

des Abgeordneten Dr. Daniels (Regensburg) und der Fraktion DIE GRÜNEN

**zur Beratung der Großen Anfrage des Abgeordneten Dr. Daniels (Regensburg)
und der Fraktion DIE GRÜNEN**

Kernfusion

— Drucksachen 11/4561, 11/5425 (neu) —

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

- keine weiteren internationalen Verträge zur Kernfusion einzugehen,
- ein Moratorium der Kernfusionsforschung sofort einzuleiten, bis eine Sachverständigengruppe, die zur Hälfte aus unabhängigen Kritikern der Kernfusion besteht, einen Bericht zur Technologie-Folgenabschätzung vorlegt. Diese soll klären, ob ein denkbarer Einsatz der Kernfusion
 - a) umweltverträglich,
 - b) sozialverträglich,
 - c) fehlertolerant und
 - d) ökonomisch sinnvollmöglich sein kann und wie gegebenenfalls die Ausrichtung der Forschung geändert werden oder ob diese aufgegeben werden muß.

Bonn, den 12. Februar 1990

Dr. Daniels (Regensburg)

Hoss, Frau Schoppe, Frau Dr. Vollmer und Fraktion

Begründung

Die Kernfusion stellt eine Großtechnologie mit unbekanntem Ausgang dar. Jährlich werden allein in der Bundesrepublik Deutschland 200 Millionen DM in die Kernfusionsforschung investiert. Dies ist etwa der Betrag für die Erforschung aller erneuerbaren Energien zusammen. Dieser Betrag soll bei einem deutschen Standort des nächsten großen Kernfusionsexperiments NET auf das Doppelte ansteigen. Es existieren darüber hinaus Pläne für ein weiteres Projekt, den sog. ITER (International Thermonuclear Experimental Reactor), – ein Kooperationsprojekt zwischen der UdSSR, den USA, Japan und den west-europäischen Ländern der Euratom – dessen voraussichtlicher Standort auch die Bundesrepublik Deutschland sein soll. Mit einem Einsatz eines funktionsfähigen Kernfusionsreaktors ist frühestens jedoch in vierzig Jahren zu rechnen. Somit sind die Grundlagen gelegt für eine Entwicklung wie bei der Kernspaltung. Diese wird heute von der Wissenschaft, Industrie und sogar teilweise dem Bundesministerium für Forschung und Technologie als falsch bezeichnet.

Jetzt schon absehbar sind die Probleme der Kernfusion:

1. Die radioaktiven mittel- und hochaktiven Abfälle aus Fusionskraftwerken sind doppelt so groß wie bei einem herkömmlichen Atomkraftwerk (AKW).
2. Fusionskraftwerke sind mindestens dreimal so teuer wie AKWe.
3. Katastrophenszenarien sind durch äußere Einwirkungen (Flugzeugabsturz, Sabotage, Krieg) ähnlich verheerend wie bei AKWen.
4. Die Verfügbarkeit von Kernfusionsanlagen wird geringer als bei AKWen sein, die notwendige Reserveleistung wird steigen müssen.
5. Widersprüchliche Anforderungen an die Materialeigenschaften lassen ein technisches Scheitern vermuten, in jedem Fall werden Kompromisse bei der Sicherheit gemacht werden.
6. Das (radioaktive) Tritiumproblem ist riesig – sowohl was die Herstellung und Verfügbarkeit angeht, als auch die Freisetzung und Endlagerung.
7. Kernfusionskraftwerke sind Großkraftwerke mit wahrscheinlich größeren Leistungseinheiten als die größten AKWe heute, und diese werden von der Industrie heute nicht mehr gewünscht. Da Fusionskraftwerke für eine zentrale und umfangreiche Stromnachfrage ausgelegt sind, stünden sie auch einer zukünftigen, dezentralen und an Umwelt- wie Effizienz-Kriterien orientierten Energieversorgung im Wege.
8. Die Kosten der Fusionsforschung werden steigen – heute schon absehbar sind Steigerungsraten zwischen 20 und 100 Prozent.
9. Es wird nur eine einzige Forschungslinie verfolgt – es ist der ungebrochene Glaube an einzelne Großtechniken.

10. Fusionsforschung ist interessant für militärische Zwecke und geeignet, den Entspannungsprozeß zu gefährden.
11. Der Ausstieg aus der Kernfusionsforschung ist heute schon durch internationale Verträge sehr schwierig gemacht worden – hier dürfen nicht widersinnig weitere Fakten geschaffen werden.

